

**Zeitschrift:** Annuaire suisse de science politique = Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft  
**Herausgeber:** Schweizerische Vereinigung für Politische Wissenschaft  
**Band:** 21 (1981)  
  
**Artikel:** Politische Basisaktivität im Bereich der Umweltproblematik  
**Autor:** Levy, René  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-172243>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 23.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# POLITISCHE BASISAKTIVITÄT IM BEREICH DER UMWELTPROBLEMATIK

von René Levy

Prof. Dr. phil.

Section de sociologie, Université de Lausanne

*Ein Inventar von 6211 „Aktivierungsereignissen“ in der Schweiz zwischen 1945 und 1978 wird analysiert anhand eines Vergleichs von Klassenproblemen und Folgeproblemen des Wachstumsprozesses. Die letztere Kategorie besteht hauptsächlich aus Problemen der Umwelt, z. B. Wasser- und Luftverschmutzung, nukleare Anlagen, Lärm, Landschaftszerstörung. Die Artikulation von Klassenproblemen ist unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg maximal, fällt dann auf ein sehr geringes Ausmass und steigt erst wieder im Rezessionsjahr 1975. Seit 1968 ist ein gewisser Zuwachs festzustellen, der mit der Übernahme linker Forderungen durch die Neue Linke zusammenhängt, welche sie auf weitere Gesellschaftsbereiche überträgt und inhaltlich radikalisiert. Umgekehrt nimmt bis 1968 die Artikulation von Folgeproblemen des Wachstums nur geringfügig zu; dann werden sie jedoch zur wichtigsten einzelnen Problemkategorie. Die unterschiedliche Entwicklung der beiden Problematiken kann als Ausdruck davon interpretiert werden, dass einerseits die realen Probleme stark zugenommen, und dass andererseits die staatlichen und nichtstaatlichen politischen Strukturen (besonders die Parteien) dem bei den Bürgern entstandenen Problemlösungsinteresse nur wenig Rechnung getragen haben.*

*L'article présente une analyse d'un inventaire de 6211 "événements-activité" en Suisse de 1945 à 1978, comparant les problèmes de classe et ceux découlant de la croissance économique. Ce dernier groupe contient surtout des problèmes d'environnement tels que pollution, installations nucléaires, bruit, destruction du patrimoine etc. La manifestation des problèmes de classe, après avoir atteint un niveau maximal après la guerre, tombe à une fréquence très basse et n'augmente qu'en 1975, année de la récession économique. Depuis 1968, une certaine augmentation est due à la reprise des revendications par la nouvelle gauche qui les applique à des nouveaux secteurs, en les radicalisant. Jusqu'en 1968, les problèmes de la croissance se développent au ralenti. Leur manifestation devient alors la plus fréquente parmi les problèmes retenus. L'évolution différente de l'expression politique des deux problématiques peut être interprétée comme étant le résultat d'une urgence croissante des problèmes d'une part, mais aussi d'un manque de disposition de la part de l'état et des organisations politiques (surtout des partis) à tenir compte des intérêts suscités par ces problèmes.*

## 1. Problembereich und Problembewusstsein

Versucht man, sich einen Überblick über die politische Basisaktivität in der Schweiz seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs zu verschaffen, so wird schnell deutlich, dass die *Umweltproblematik politisches Altneuland* ist. Gesehen unter dem Gesichtspunkt der thematischen Einheit hat es immer Diskussionen und auch politische Mobilisierungen gegeben, die unter diesem Etikett versammelt werden können. Neu scheint weniger das Thema selbst, in seinen verschiedenen konkreten Ausdrucksformen zu sein als das „ökologische Bewusstsein“, das sie als wenn auch komplexen und politisch heterogenen, etablierte Interessen in vielfacher und oft überraschender Weise schneidenden, aber trotzdem irgendwie einheitlichen Problemzusammenhang begreift. Das Problem ist alt, neu ist seine Entwicklung zum politischen Topos.<sup>1</sup>

Ausgehend von einigen Überlegungen zur möglichen Determination der damit erst unzureichend angedeuteten Veränderungen in der politischen Landschaft sollen in diesem Aufsatz Befunde ausgewertet werden, die zum ersten Mal eine systematische Übersicht über die Veränderungen im Bereich der politischen Basisaktivierung in der schweizerischen Nachkriegszeit möglich machen. Es handelt sich um die Resultate des ersten Teils des Projekts „Der aktive Bürger: Themen, Träger, Formen, Resultate“ im Rahmen des Nationalen Forschungsprogramms Nr. 6 (Entscheidungsprozesse in der schweizerischen Demokratie), der 1979 und 1980 von G. Ganguillet, H.-P. Kriesi, R. Levy und H. Zwicky am Soziologischen Institut der Universität Zürich durchgeführt wurde.<sup>2</sup>

- 1 Folgt man den Thesen des amerikanischen Anthropologen Harris (1977), so erscheint gar die Umweltproblematik, oder genauer das Wechselspiel zwischen der Technologie einer Gesellschaft (und der damit verknüpften Sozialstruktur), ihrer Bevölkerungsdynamik und dem Ökosystem, von dessen Ausbeutung sie lebt, als Schicksalsfaktor erster Ordnung für den Untergang oder Weiterbestand einer Kultur. Heute könnte die Wahl zwischen Zentralisierung oder Dezentralisierung von Energie- und Rohstoffextraktion sowie von politischer Macht für den Ausgang dieser Schicksalsfrage entscheidend sein, aber unter den Vorzeichen anderer Umwelt/Technologie/Populations-Konstellationen galt dieses Wechselspiel für alle Phasen der Sozialevolution.
- 2 An der Konzeptualisierung, der Datensammlung und der Aufarbeitung war das ganze Team beteiligt, die verschiedenen Aspekte der Ereignisse (Themen, Interessen, Mobilisierungs- und Artikulationsformen, Erfolg) wurden arbeitsteilig bearbeitet und referiert. Das hier zusammengestellte Material ist deshalb das Produkt der gemeinsamen Arbeit; vereinzelt wurden sogar Textstellen direkt eingearbeitet. Für die Art der Zusammenstellung und die Interpretation und sämtliche damit zusammenhängenden möglichen Fehler bin ich jedoch allein verantwortlich. Hanspeter Kriesi, Gilbert Ganguillet und Isidor Wallimann haben den Entwurf zu diesem Artikel konstruktiv kritisiert.

Das Datenmaterial besteht aus einem Inventar aller politischen „Aktivierungsereignisse“, die in der Nachkriegszeit (1945 bis 1978) einen genügenden öffentlichen Aufmerksamkeitswert erreichten, um in allgemeinen Medien, Chroniken oder Ereignislisten aufgenommen zu werden. Ein Ereignis musste sechs Kriterien genügen, um ins Inventar aufgenommen zu werden: es musste 1. von der „politischen Basis“ getragen werden (d. h. nicht von Funktionsträgern, deren politische Aktivität ex officio erfolgt); 2. ein minimales, über die Teilnahme an regelmässig wiederkehrenden politischen Veranstaltungen (Wahlen, Gemeindeversammlungen) hinausgehendes persönliches Engagement einschliessen; 3. ein Mass an Öffentlichkeit erreichen, das seine Wahrnehmbarkeit über den Kreis geschlossener Gruppen oder spezifischer Kommunikationen (Betriebs-, Gewerkschafts-, Standes-, „Öffentlichkeit“) hinaustrug; 4. einen aktuellen Problembezug haben (Ausschluss von politischen Feiern u. ä.); 5. eine kollektive und nicht rein persönliche Relevanz aufweisen; 6. keinen Routinecharakter haben. Mangels einer zugleich prägnanten und operationalisierbaren Definition von politischem Basisverhalten umschreiben diese Kriterien unseren absichtlich weit gefassten Begriff des „Aktivierungsereignisses“. Auf die benutzten Quellen und die Probleme von Repräsentativität, Verzerrung und Validität einzugehen würde hier zuviel Platz beanspruchen. Diese Fragen werden im Forschungsbericht ausführlich abgehandelt; unser Inventar von 6211 Aktivierungsereignissen ist keine Vollerhebung mit einer Ausschöpfung von 100 Prozent, aber vermutlich eine recht gute Näherung, deren Verzerrungen relativ spezifisch und für die meisten Auswertungsfragestellungen wenig relevant sind. Diese Verzerrungen betreffen stärker die Vollständigkeit der Ereignisbeschreibung als die (grundlegendere) Identifikation der Ereignisse. Die wichtigsten feststellbaren Verzerrungen sind: Unterrepräsentation lokaler gegenüber kantonalen/regionalen und nationalen Ereignissen, Unterrepräsentation von Ereignissen nach 1965.<sup>3</sup> Die klarste Verzerrung, die Untervertretung lokaler Ereignisse, betrifft in erster Linie institutionelle Aktivierungsformen, d. h. Petitionen, Referenden und Initiativen.

Der vollständige Forschungsbericht sowie ein Quellenband mit den wichtigsten Angaben über die gesammelten Ereignisse werden derzeit zur Publikation vorbereitet.

3 Tatsächlich lassen methodenorientierte Zusatzuntersuchungen vermuten, dass im Inventar die Ereigniszunahme *nach* 1965 eher unter- als überschätzt wird, und zwar ganz besonders für die Westschweiz. Die Vollständigkeit der Informationen dagegen ist nach 1965 besser als vorher. Da die erhobenen Informationen zur Beschreibung der Ereignisse relativ „robuster“ Art sind (Themenbereich, Aktionsform, beteiligte Organisationen), dürfte der inhaltlichen Verzerrung („Unsachlichkeit“, Parteilichkeit der benützten Medien) ein eher beschränktes Gewicht zukommen. Entsprechende Informationen wurden bei der Erhebung mitberücksichtigt.



## 2. Gesellschaftlicher Strukturwandel und Umweltbewusstsein

Es sei hier versucht, ohne ausdrücklichen Rückgriff auf einschlägige Gesellschafts- und Staatstheorien in knappster Vereinfachung die wichtigsten gesellschaftlichen Veränderungen der Nachkriegszeit in der Schweiz zu umreissen, von denen eine mehr oder weniger direkte Auswirkung auf die politische Szenerie zu erwarten ist: Ausgehend von einer Situation der – politisch durch das Vollmachtenregime der Kriegszeit eingefrorenen, aber schon vorher sich verändernden – Dominanz der Klassenstruktur, deren Konflikte seit dem Generalstreik und dem Friedensabkommen politisch institutionalisiert (u. a. durch die Regierungsbeteiligung der Sozialdemokraten) waren, hat sich die schweizerische Gesellschaft durch eine rund zwanzig Jahre dauernde Hochkonjunktur sozusagen in alle Richtungen entwickelt, d. h. ihre Struktur differenziert, sodass die *Klassendimension* durch die stärkere Aufgliederung der Arbeiterschaft (vornehmlich, aber nicht nur durch den Import starker Fremdarbeiterkontingente) und durch Expansion und Differenzierung der Mittelschicht in eine grössere Zahl hierarchischer, sich miteinander nicht rundweg solidarisch fühlender Statusgruppen *aufgespalten* wurde. Ausserdem haben sich zahlreiche *zusätzliche Ungleichheiten weiterentwickelt* (etwa die sozioökonomischen Entwicklungsunterschiede zwischen armen und reichen Kantonen, die Unterschiede zwischen Land und Stadt und jene zwischen industriellen und tertiären Wachstumspolen). Zusätzlich hat die Hochkonjunktur während einiger Zeit reale, *materiell und immateriell fassbare Wohlstandsverbesserungen* gebracht, die wohl teilweise durch erhöhte Aufwendungen zur Statuserhaltung neutralisiert wurden, aber doch substanziell waren. Diese ganze Entwicklung hat einerseits die sozusagen *traditionellen, aus der Klassenspannung resultierenden Konflikte relativiert*, und zwar noch über das Mass hinaus, das bereits durch ihre Institutionalisierung erreicht wurde. Andererseits hat sie *weitere Dimensionen der sozialen Ungleichheit relevant werden lassen*, die ab 1968 hauptsächlich von der Neuen Linken artikuliert wurden, aber vor allem auch *Probleme, die nicht direkt dem Klassencharakter der Gesellschaft entstammen*, auch wenn ihre Auswirkungen durch die Schichtlage der Betroffenen wesentlich beeinflusst werden. Diese Probleme können als *Folgeprobleme des Wachstums bzw. seiner sozialen Korrelate* aufgefasst werden. Unter ihnen spielen Probleme der Umwelt und ihrer Gefährdung eine massgebliche Rolle; sie erscheinen gewissermassen als Folgeproblem par excellence.<sup>4</sup>

4 Die zunehmende Relevanz „neuer“, nichtvertikaler Dimensionen sozialer Organisation und damit verbundener Probleme ist vielen soziologischen und politischen Beobachtern aufgefallen (Offe beispielsweise bereits 1969), und auch die darin enthaltene Infragestellung einer eng auf die Klassendimension und die ihr entstammenden Konflikte ist breit diskutiert worden; relativ willkürlich seien hiezu Gorz (1975, 1980) und Touraine (1978) zitiert. Beide verwerfen die Hoffnung auf eine von der Arbeiter-

Lässt man, bewusst auf die für eine feinere Analyse nötige Differenzierung verzichtend, diese „Diagnose“ des Strukturwandels und seiner direkten politischen Konsequenzen so im Raume stehen, so kann man davon ausgehend einige Hypothesen über deren Auswirkungen im Bereich der politischen Basisartikulation formulieren:

1. Klassenprobleme werden seltener artikuliert, weil der Problemdruck sinkt und die Konfliktaustragung im politischen und ökonomischen System institutionalisiert ist. Die Rezession macht diesen Trend teilweise rückgängig; falls sie sich nicht verschärft oder wiederholt, dürfte dies allerdings ein vorübergehender Unterbruch sein.
2. Die „neuen Ungleichheiten“ werden nicht in erster Linie von den Trägern der Artikulation von Klassenproblemen (Arbeiter und ihre Organisationen) erfahren, sondern teils von sozial anders charakterisierten Gruppen, teils auch stellvertretend durch Gruppen, die dafür besonders disponibel sind. Bei den „anders charakterisierten Gruppen“ dürften verschiedene Arten der sozialen Marginalisierung konstitutiv sein, besonders auch solche, die an zugeschriebene Merkmale geknüpft sind, deren Bedeutung für Diskrimination gerade in einer Phase der (konjunkturbedingten) strukturellen Öffnung besonders dissonant zur offiziellen Ideologie wird. Die wichtigsten Gruppen, an die hier konkret zu denken ist, sind die Ausländer, die Frauen, die Jugendlichen; aber auch Anstaltsinsassen, Betagte, Patienten, Körperbehinderte, sexuelle Minoritäten usw. gehören in diese Kategorie. Für stellvertretende politische Aktivität besonders disponibel dürften die Jugendlichen sein, da sie sich einerseits bezüglich ihrer sozialen Integration in einer Zwischenstellung zwischen einer Phase der dominanten Integration als Kind in der Herkunftsfamilie und einer Phase der dominanten Integration als Erwachsene in der „Erwachsenengesellschaft“ befinden, die aber als Durchgangs- und nicht als unveränderliche Endstation erscheint. Zu erwarten ist also eine zunehmende Mobilisierung „neuer“ Gruppen politisch Aktiver, teils aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu hierarchisch organisierten Gesellschaftsbereichen (Armee, Schule/Universität usw.), teils aufgrund einer anderen Zugehörigkeit zu einer diskriminierten Gruppe, teils auch aufgrund solidarisch-stellvertretender Problemwahrnehmung im Fall der Jugendlichen. Die Ausrichtung dieser Aktivierungen, die sich zum grösseren Teil nicht auf bereits bestehende organisationelle Strukturen und reguläre Zugänge zu Entscheidungszentren stützen können, wird im allgemeinen einer Übertragung der Ungleichheitsproblematik auf die „angestammten“ Aktivierungsbereiche der neuen Aktiven entsprechen, wobei aufgrund der „Impermeabilität“ des politischen Systems auch eine gewisse Radikalisierung der Infragestellung zu erwarten ist.

klasse ausgehenden Revolution als Illusion, und Touraine sieht die neu entstehenden sozialen Bewegungen als heraufkommende Träger einer gesellschaftlichen Rekonstruktion. Vgl. auch Touraine et al. (1980) und die Kritik von Amiot (1980).

3. *Die Folgeprobleme der sozialen Differenzierung* (zu der nicht zuletzt auch eine auf immer umfassendere Organisationsebenen verlagerte „Vermachtung“ der Gesellschaft gehört) *treffen eine wachsende Zahl verschiedenartiger sozialer Gruppen*, für die sie sich zwar unterschiedlich konkretisieren, aber doch *immer stärker im Sinn einer zusammengehörenden Problematik begreifbar* werden. Inhaltlicher Kristallisationspunkt ist dabei – unter anderem wohl wegen der ideologischen Heterogenität der betroffenen Gruppen – nicht ein traditioneller anti-status-quo-Topos (beispielsweise die Verwertungslogik des Kapitals), sondern ein gemeinsamer Nenner der beobachtbaren Auswirkungen: die Umweltproblematik.
4. Die Gewichtsverlagerung der sozialen Konflikte in Abhängigkeit des Strukturwandels begünstigt auch einen Wertwandel, *der sich vor allem – aufgrund ihrer „strukturell ungebundenen“ Situation – bei Jugendlichen abzeichnet und die herkömmlichen „materialistischen“ Werte zugunsten „mitmenschlicher“ Werte in Frage stellt*.<sup>5</sup> Diese Tendenz trifft sich teilweise mit dem zunehmend kohärenter werdenden Umweltbewusstsein (über Konzepte wie „Lebensqualität“) und dürfte dabei einen radikalierenden Einfluss haben (der konkret besonders von Jugendlichen getragen wird).<sup>6</sup>
5. *Das politische System weist einen structural lag* auf, es stellt – aufgrund der Langsamkeit des „evolutionären Strukturwandels“ – die Institutionalisierung von teilweise vergangenen Kräftekonstellationen und Problemlagen dar (vor allem der Klassen- und der Föderalismusproblematik – Hirschier & Kriesi 1980). Während es darauf eingestellt ist, die Probleme aufzunehmen und zu verarbeiten, die diesen Strukturdimensionen entspringen und durch die entsprechenden Interessenvertretungen eingebracht werden, *reagiert es verspätet, langsam und zumindest in einer ersten Phase vorwiegend abwehrend* auf die neuen, (noch) nicht institutionalisierten Probleme. *Die Träger dieser Probleme* finden deshalb kaum

5 Damit soll nicht etwa eine Autonomie dieses kulturellen Prozesses postuliert oder ein gewissermaßen Durkheimisches Konzept einer „crise heureuse“ bemüht werden, wie es etwa an Ingelhart (1977) kritisiert wird; ausgegangen wird vielmehr von einem direkten Zusammenhang zwischen strukturellen Veränderungen und Wertorientierungen (Vgl. für die Anwendung dieser These auf die politische und allgemeine gesellschaftliche Orientierung von Jugendlichen Blancpain & Häuselmann 1974). Mehrfach und anhand sehr verschiedenartiger Untersuchungen auf die Frage des Wertwandels bei Jugendlichen vor und nach der Rezession ist Heintz (1972, 1976, 1979) eingegangen, auf dessen Überlegungen Blancpain & Häuselmann aufbauen.

6 Giger (1980) konnte beispielsweise einen engen Zusammenhang zwischen Jugendlichkeit (mit dem Alter gemessen) und Radikalität der Problemsicht unter den Mitgliedern des WWF nachweisen (persönliche Mitteilung, Angaben nicht in der Publikation enthalten). Ausserdem fand er einen sehr deutlichen Zusammenhang zwischen der subjektiven Relevanz („Betroffenheit“) durch Umweltfragen und dem postmaterialistischen Wertmuster.

Zugang zu den Entscheidungszentren, sie sind darauf verwiesen, zusätzlich zur Situationsanalyse öffentliches Problembewusstsein und Handlungspotential aufzubauen und mangels wirksamerer Inputinstrumente zu unkonventionellen, spektakulären und teilweise illegalen Aktionsformen zu greifen.

6. Treffen die bisher gemachten Überlegungen zu, so folgt auch, dass – mangels Effizienz- und Relevanzerwartungen – die *Partizipation an konventionellen politischen Aktivitäten (Wahlen, Abstimmungen) abnimmt, die politische Aktivität ausserhalb dieser Kanäle aber zunimmt*. Dabei ist zusätzlich zwischen der Einreichung einer Initiative und der Abstimmung darüber zu unterscheiden; die durchschnittliche Abstimmungspartizipation wird abnehmen, auch wenn die Zahl eingereichter Initiativen wächst.

Im folgenden werden nun einige Resultate aus der Analyse des Ereignisinventars unter dem Gesichtspunkt der Aktivierung im Bereich der Umweltprobleme dargestellt; diese werden in ihrer Entwicklung von den Aktivierungen im Bereich der Klassenprobleme abgehoben. Um den Text nicht unnötig mit methodologischen Erörterungen zu belasten, werden Probleme der Kategorisierung weitgehend ausgeklammert. Generell sei für solche und andere fehlende Details nochmals auf den Forschungsbericht verwiesen.

### *3. Umweltschutz als Folgeproblem des Wachstums: Aufkommen und Entwicklung des Themas*

Es wurde bereits festgestellt, die Umweltproblematik sei weitgehend als Folgeproblem des Wachstums in der Nachkriegszeit zu verstehen und gewinne so ihre thematische Einheitlichkeit. Dies ist zunächst eine wenn auch nicht willkürliche, so doch a priori vorgenommene Definition, die einem politischen Problemverständnis entspricht, das sich erst allmählich entwickelt hat. Dass sachliche Einheitlichkeit eines Themenbereichs und politische Sinngebung zwei sehr verschiedene Dinge sein können, hat unter anderen Nef (1980) sehr deutlich gezeigt, der die kantonalen Differenzen der Resultate aller zwischen 1950 und 1977 abgestimmten eidgenössischen Vorlagen analysiert hat. Dabei treten Faktoren in Erscheinung, die in keiner Weise einer enzyklopädischen, von Sachkundigen begründbaren Problemnomenklatur entsprechen, sondern Politisierungsdimensionen erkennen lassen, die auf verschiedene Aspekte der schweizerischen Sozialorganisation verweisen. Ohne auf die teilweise problematische Faktorinterpretation dieser Arbeit einzugehen, sei vermerkt, dass die 14 im weiteren Sinn dem Umweltbereich zuzuordnenden Vorlagen (recht genau 10 Prozent aller Vorlagen) sich im wesentlichen auf zwei von sieben extrahierten Faktoren konzentrieren, an erster Stelle jenen der „kollektiv egalisierenden Klassen/Schicht-Redistribution“, an zweiter jenen der „ökonomischen föderalistischen Redistribution“. Beide Dimensionen hängen eng mit strukturellen Unterschieden zwischen den Kantonen zusammen, hauptsächlich mit dem Faktor der „strukturellen



Komplexität", der gleichsam als Inkarnation der zentralen Entwicklungstendenz im „interkantonalen Schichtungssystem" anzusehen ist und dessen Schwergewicht durch die moderne, kopflastige Tertiarisierung bestimmt ist (erfasst durch Masse wie den Anteil leitender Angestellter, das Gewicht von Handel/Banken/Versicherungen, den Anteil Beschäftigter in der hochproduktiven Branchen des Sekundärsektors usw.).

Die Befunde von Nef unterstreichen die Richtigkeit der Annahme, der *sachliche Problemzusammenhang* müsse hinsichtlich seiner sozialen Bedeutung vom *Problembewusstsein unterschieden* werden. In der Tendenz liefern sie auch eine erste Bestätigung der Hypothese, Folge- und insbesondere Umweltprobleme betreffen weniger spezifische Statusgruppen als diffuse Kollektivitäten und hingen mit der zunehmenden strukturellen Differenzierung (bzw. Komplexität) der Sozialstruktur zusammen.

Wenden wir uns nun aber unseren Ereignisdaten zu, ausgehend von der zunächst apriorisch getroffenen Gleichsetzung von Umwelt- und Folgeproblemen. Gliedert man alle Aktivierungsereignisse, über welche thematische Angaben vorliegen, nach den Problematiken, die sie betreffen, so zeigt sich sofort die *dominierende Stellung der Klassen- und der Folgeprobleme*; sie sind zusammen für die Hälfte aller Ereignisse konstitutiv.

Tabelle 1: Verteilung der Ereignisse auf Problemkategorien

	Anzahl Ereignisse	
	<i>absolut</i>	<i>Prozent</i>
– Klassenprobleme	1574	25,8
– Folgeprobleme	1485	24,3
– Probleme mit dem Staatsapparat	994	16,3
– internationale Probleme	708	11,6
– Probleme im Bereich Bildung/Kultur	651	10,7
– Juraproblem	361	5,9
– Probleme marginaler Gruppen	212	3,5
– Probleme der Landwirtschaft	121	2,0
Total	6106	100,1 %

Gliedert man die Folgeprobleme feiner auf, so ergibt sich die folgende Verteilung der diesen Bereich betreffenden Ereignisse:

Tabelle 2: Verteilung der Ereignisse zu Folgeproblemen auf einzelne Problembereiche

– Gebäudeerhaltung, Bau-, Zonenfragen	16	} 38 Umwelt, öfftl. Raum
– Landschafts-, Naturschutz	15	
– Immissionen (ohne Verkehr)	5	
– Tierschutz	2	
– Strassenbau	16	} 36 Verkehr
– öfftl. Verkehr inner-, ausserorts	7	
– weitere Aspekte d. indiv. Strassenverkehrs	7	
– Luftverkehr	4	
– andere Verkehrsprobleme	3	} 17 übrige Infrastruktur
– andere Infrastrukturfragen	9	
– AKW-Fragen	8	
– Wohnqualität, Häuserabbrüche	8	} 8 Wohnqualität
Total (absolut)	100 % (1485)	

*Umwelt- und Verkehrsfragen* dominieren also die Kategorie der Folgeprobleme weitgehend, wobei oft auch in den übrigen Teilbereichen Umweltaspekte die Aktivierung mitbestimmen. Dies zeigt sich, wenn man die – „sachlich“ umschriebenen – Themenbereiche nach der politischen Absicht aufgliedert, die den Aktiven zugeschrieben werden kann:

Tabelle 3: Interessenausrichtung der Ereignisse zu Klassen- und Folgeproblemen

Interessenausrichtung	Klassen- probleme	Folge- probleme
anti status quo (Abbau sozialer Ungleichheiten)	80	14
pro status quo (Aufrechterhaltung, Verstärkung von Diskrimination)	5	2
Umweltschutz	1	73
Standesinteressen der Mittelschicht	10	5
andere Interessenrichtungen	4	6
Total (absolut)	100 % (1446)	100 % (1406)

Die hier vorgenommene Unterscheidung von Thema bzw. Problembereich und Interessenausrichtung („Anliegen“) ist allgemein recht wichtig, was schon die einfache Überlegung erhellt, dass im konstruierten Fall zweier unabhängiger, d. h. ereignismässig getrennter Demonstrationen für und gegen



die Einrichtung einer therapeutischen Wohngemeinschaft in einer Ortschaft beide Ereignisse dem Themenbereich „Probleme marginaler Gruppen“ zugeordnet worden wäre, ihre Interessenausrichtung aber im einen Fall als anti-status-quo (genauer: Integration Marginaler), im anderen Fall dagegen als pro-status-quo (genauer: Segregation Marginaler). Für den Zweck der weiteren Darstellung kann aber auf die Parallelführung beider Aspekte zugunsten der Übersichtlichkeit verzichtet werden, nachdem die *starke und nur diese Problemkategorie kennzeichnende Konzentration der Umweltschutzanliegen in der Gruppe der Ereignisse zu Folgeproblemen* feststeht. Da die Angaben über den Problembereich etwas häufiger sind als jene über die Interessenausrichtung, wird im folgenden mit der ersten „Variablen“ weitergearbeitet.

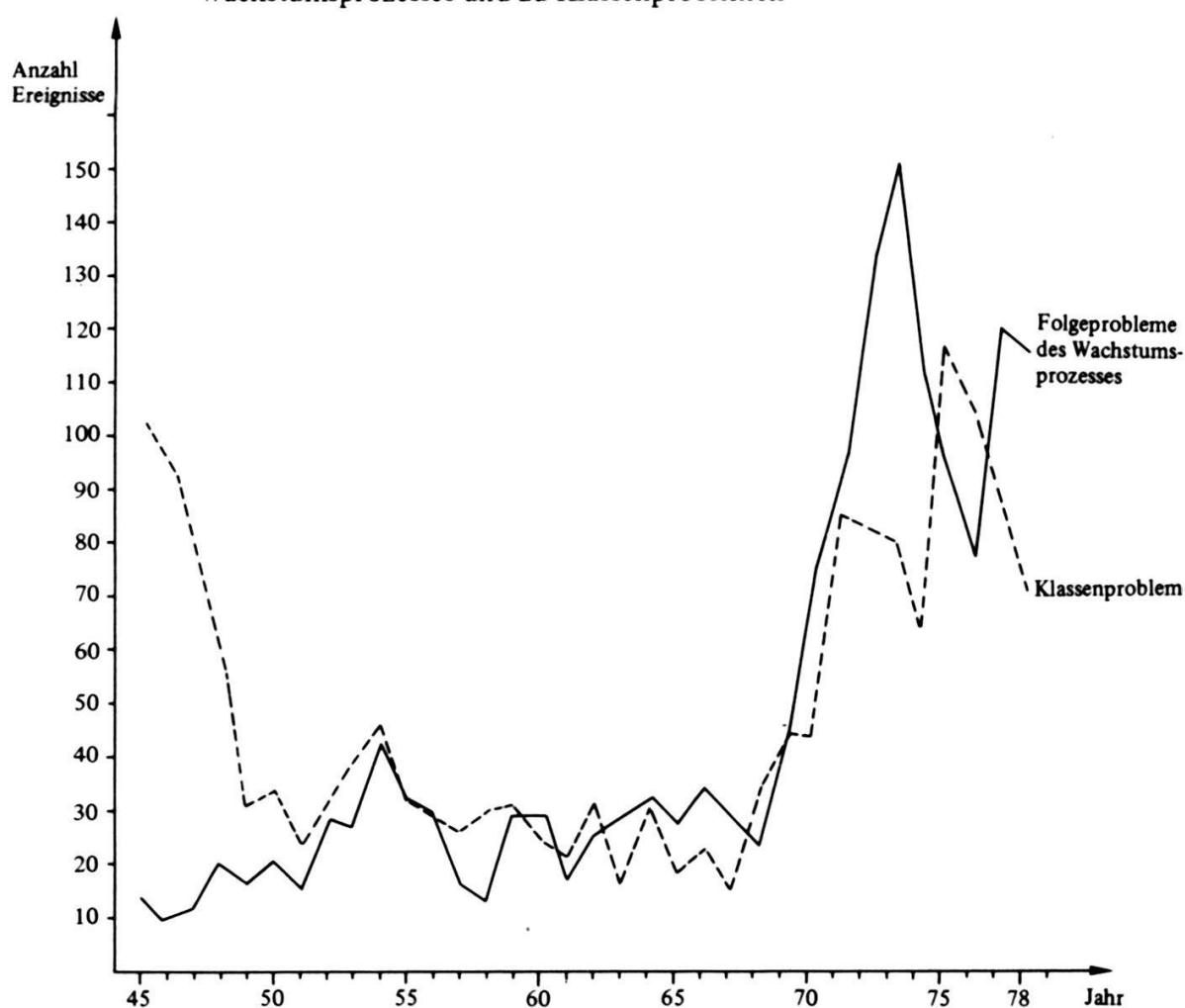
Wie haben sich nun die Themen der Klassenprobleme und der Folgeprobleme in der Nachkriegszeit entwickelt? Abbildung 1 zeigt, dass *Klassenprobleme* in der unmittelbaren Nachkriegszeit (1945 bis 1946) einen ersten Höhepunkt aufweisen, dem eine längere Stagnationsphase auf sehr reduzierter Häufigkeitsstufe und mit weiterhin sinkender Tendenz folgte. Ab 1968 ist ein erneuter Anstieg und im Rezessionsjahr 1975 schliesslich ein neues Maximum mit nachfolgendem Wiederabsinken zu verzeichnen. Zum besseren Verständnis dieser Entwicklung muss angefügt werden, dass die Häufung direkt nach dem Zweiten Weltkrieg nicht nur durch Streiks und andere Formen von Arbeitskämpfen zustande kam, sondern zusätzlich durch antifaschistische Mobilisierungen, während in den späten sechziger Jahren anti-status-quo-Artikulationen in anderen Gesellschaftsbereichen als dem traditionellen Bereich der Arbeit/Wirtschaft zunächst im Vordergrund standen. Eine deutliche Reaktivierung der Arbeitnehmer ist vorwiegend um 1975 festzustellen.

Die Häufigkeitskurve der Ereignisse zu *Folgeproblemen* zeigt anfangs einen völlig anderen Verlauf, sie steigt nur langsam, ausgehend von einem sehr tiefen Stand. Eine erste Häufung ergibt sich um 1955, aber die beiden Kurvenverläufe unterscheiden sich lange nur wenig, bis schliesslich ab etwa 1970 die Folgeprobleme sehr schnell auf ein Maximum ansteigen, das deutlich höher liegt als dasjenige der Klassenprobleme. Im Umfeld der Rezession 1975 verlaufen die beiden Kurven gegensinnig: wo die Artikulation von Klassenproblemen ihre Spitze erreicht, sinkt jene der Folgeprobleme auf ein vorläufiges Minimum, um nachher wieder anzusteigen. Die Verläufe der beiden Kurven und ihr Verhältnis sollen nicht detaillierter kommentiert werden, dies sei an dieser Stelle dem Leser überlassen. Zum besseren Verständnis der beiden Kurven sei lediglich beigelegt, dass ab 1968 die Ereignishäufigkeit allgemein enorm anstieg, auch in anderen Problembereichen; zu diesem Anstieg haben Klassen- und Folgeprobleme nur beschränkt beigetragen. In stärker zusammenfassender Darstellung sei dies noch anhand der Anteile dieser beiden Bereiche an der Gesamtzahl der Aktivierungsereignisse gezeigt:

Tabelle 4: Anteile der Ereignisse zu Klassen- und Folgeproblemen, nach Perioden

Perioden	Klassen- probleme	Folge- probleme	Zusammen	N (= 100 %)
1945–1949 ( 5 Jahre)	58 %	13 %	71 %	629
1950–1959 (10 Jahre)	35 %	27 %	62 %	918
1960–1969 (10 Jahre)	20 %	23 %	43 %	1336
1970–1974 ( 5 Jahre)	17 %	29 %	46 %	1812
1975–1978 ( 4 Jahre)	25 %	27 %	52 %	1452

Abbildung 1: Zeitliche Entwicklung der Zahl der Ereignisse zu Folgeproblemen des Wachstumsprozesses und zu Klassenproblemen



Anteilmässig hat somit die Artikulation von Klassenproblemen bei weitem nicht ihr direktes Nachkriegsniveau erreicht und bleibt selbst in der Rezessionsperiode knapp hinter jener von Folgeproblemen zurück.

Lassen wir nun aber den Vergleich zwischen den beiden Problemkategorien und betrachten wir etwas genauer, welche Inhalte bei den Folgeproblemen im Verlauf der Nachkriegszeit im Vordergrund standen. Abbildung 2 und 3 zeigen die Verläufe der vier Unterkategorien der Folgeprobleme. Die früheren Aktivierungen in den fünfziger Jahren betrafen vor allem *konventionelle Kraftwerkprojekte und ihre Folgen*, so etwa das Rheinauprojekt, das 1951 bis 1952 weite Kreise bewegte (besonders auch im Kanton Zürich), aber auch Projekte in vielen anderen Teilen der Schweiz (z. B. das Sihlkraftwerkprojekt Hütten und jenes für ein thermisches Kraftwerk bei Rüthi im St. Galler Rheintal), einschliesslich die damit verbundenen Hochspannungsleitungen. Auch Anliegen des *Ortsbildschutzes* führten in dieser Zeit zu Mobilisierungen der Basis, besonders in Zürich und Bern, aber auch etwa in Zug und Sarnen. Ein weiterer wichtiger Konfliktherd in diesem Bereich war der „Fricktaler Fluorkrieg“ um die Immissionen der <sup>Alusuisse</sup> ~~Lonza~~-Werke ennet des Rheins. Die stärkste Zunahme der Aktivierung fand aber im Zusammenhang mit den *Atomkraftwerken* statt, die ab 1973 Teile der Bürgerschaft ernstlich zu beschäftigen begannen. Aber auch weitere Probleme im Zusammenhang mit der Umweltgefährdung führten erst in jüngerer Zeit vermehrt zu Aktivierungsereignissen, punktuell etwa „Gas-Probleme“ (Widerstände gegen Gebührenerhöhungen, gegen die Verlegung einer Erdgasleitung im Genfersee, gegen die Aufhebung der Erdgasversorgung im Ausserrhodischen). Die *übrigen Infrastrukturprobleme* erreichten zwar auch erst in dieser Zeit ihren (vorläufigen) Höhepunkt, wurden aber schon in früheren Jahren – (so etwa in den fünfziger Jahren) – artikuliert, ähnlich wie *Verkehrs- und Umweltfragen* (inkl. öffentlicher Raum). Die starke und sich aus sehr unterschiedlichen, konkreten Problembereichen speisende Mobilisierung der Bürger an der Basis wurde schliesslich auch von der politischen Elite zur Kenntnis genommen (Kriesi 1980); ab 1972 wurde versucht, mit einem dringlichen Bundesbeschluss die Entwicklung zu steuern. Auf das Verhältnis Basis – Elite ist in einem späteren Abschnitt noch zurückzukommen.

Einleitend wurde behauptet, die Umwelt- bzw. Folgeprobleme seien politisches Altneuland. Da wir sie hier nicht unter dem Gesichtspunkt ihrer ideologischen, sondern ihrer sachlichen Themenzugehörigkeit gruppieren, muss sich dies darin zeigen, dass sich die einzelnen, konkreten Problematisierungen, die man dieser Kategorie zurechnen kann, über die ganze betrachtete Zeitspanne hinweg verteilen. Ein günstiges Kriterium, das die starke Zunahme der gesamten Basisaktivierung nach 1968 berücksichtigt, ist die Frage, ob eine bestimmte Ereigniskategorie zu mindestens zwei Dritteln ab 1968 vorkam oder nicht. Erfüllt sie dieses Kriterium, so soll sie als „neue“ Themenkategorie gelten. Stuft man nun alle Einzelkategorien, aus denen sich die Gruppe der Folgeprobleme zusammensetzt, nach diesem Kriterium ein, so ergibt sich, dass *51 Prozent aller dieser Gruppe zugeordneten Ereignisse*

Abbildung 2: Zeitliche Entwicklung der Zahl der Ereignisse zu Verkehrs- und Umweltfragen

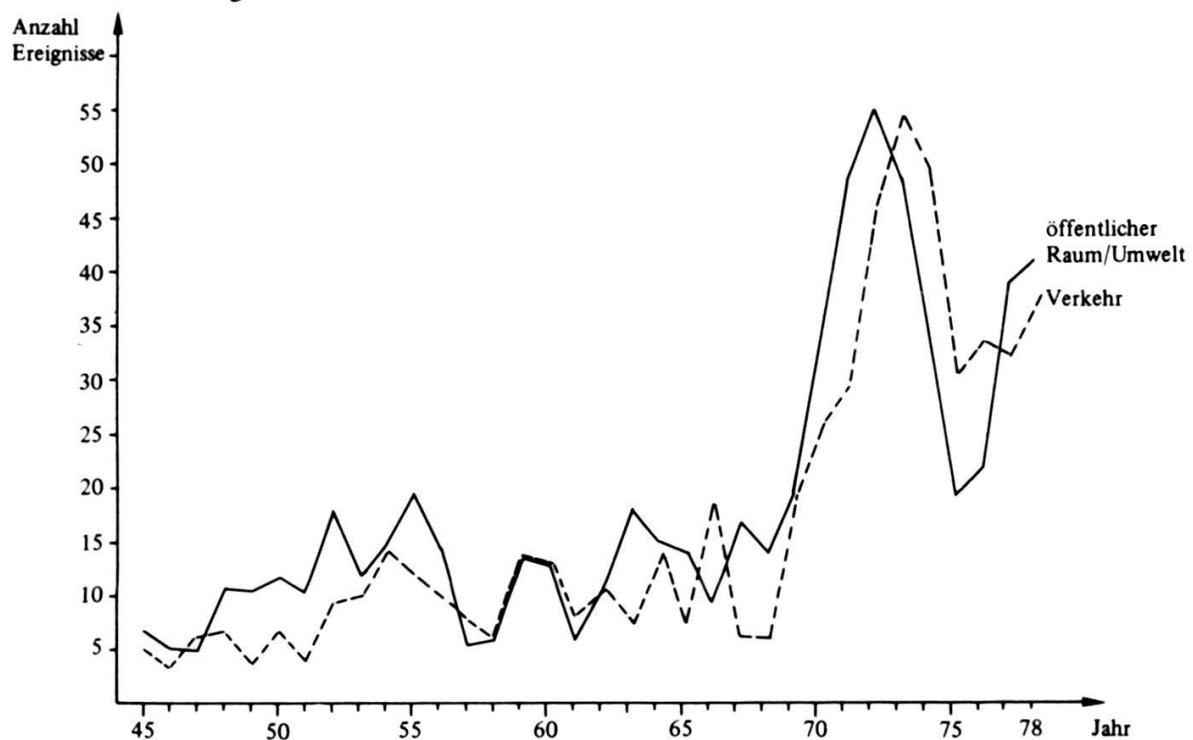
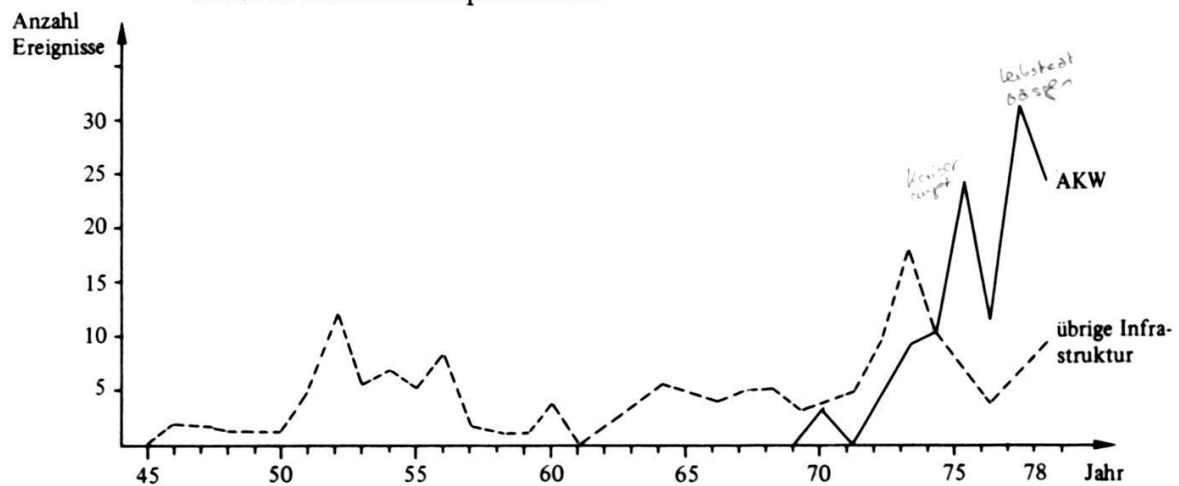


Abbildung 3: Zeitliche Entwicklung der Zahl der Ereignisse zu Atomkraftwerken und anderen Infrastrukturproblemen



neuen Themen gelten, 49 Prozent dagegen alten. Alte Themen finden sich vor allem im Bereich Umwelt/öffentlicher Raum sowie bei den übrigen Infrastrukturfragen. Im Bereich *Umwelt und öffentlicher Raum* sind sowohl Baufragen allgemein als auch Fragen der Luftverunreinigung und der Lärmimmissionen, der Erhaltung von Fluss- und Seelandschaften und, etwas am Rande, des Tierschutzes „alt“. „Neu“ dagegen sind hier Fragen der Raumplanung sowie des übrigen Landschafts- und Naturschutzes (Erhaltung des Waldes, der Berglandschaft, Gewässerschutz, Erhaltung von Parks, Bäumen, Grünanlagen). Im Bereich der *übrigen Infrastrukturfragen* gehören Fragen um konventionelle Kraftwerke, Raffinerien, Abfalldeponien und zur Wasserversorgung zu den alten Themen, Erdgas- und Hochspannungsleitungen, Kieswerke, Hallenbäder, AKWs sowie Gebühren und Steuern für Infrastrukturleistungen zu den neuen. Im Bereich *Verkehr* sind Probleme mit Autobahnen, Expressstrassen, Immissionen, autofreie Zonen und Tage, Geschwindigkeitsbegrenzungen, Luftverkehr und Verkehrsplanung allgemein neu, während Probleme mit den übrigen Strassen, Parkingmeter und Parkhäuser alt sind, wie auch allgemein Fragen des öffentlichen Verkehrs (ausser Gratistram) und der Schifffahrt.

Eine oft vernachlässigte Dimension der Differenzierung ist jene der *Kontextgliederung*. Sie erweist sich gerade im Bereich der Folgeprobleme des Wachstums oder enger der Probleme im Umweltbereich als wichtig. Die interessantesten Resultate seien knapp zusammengefasst:

*Folgeprobleme werden wesentlich häufiger auf regionaler und vor allem auf lokaler Ebene artikuliert als andere Probleme:*

Tabelle 5: Verteilung der Ereignisse zu Folge- und anderen Problemen nach betroffener Systemebene

Systemebene	Folgeprobleme	andere Probleme
lokal	56	38
kantonal, regional	34	38
national	10	24
Total (absolut)	100 % (1442)	100 % (3849)

Darin ist ein erster Hinweis auf die Richtigkeit der Vermutung zu sehen, Folgeprobleme würden stärker von direkt Betroffenen als von bereits bestehenden, auf politische Interessenartikulation spezialisierten Organisationen artikuliert. Lokalen Charakter haben neben Bau- und Zonenfragen insbesondere jene um Luft und Lärm, alle Aspekte des individuellen und öffentlichen Verkehrs, sowie Probleme im Bereich des Wohnens. Einen regionalen

Einschlag haben vor allem die Artikulationen zu Verkehrsproblemen (inkl. Luftverkehr). Lediglich die Auseinandersetzungen um die AKWs haben primär gesamtschweizerischen Charakter.

Gliedert man nach Kantonen, so ist zunächst ein deutlicher Zusammenhang mit dem Grad sozioökonomischer Entwicklung sowie mit der Dynamik dieser Entwicklung festzustellen<sup>7</sup>: *Folgeprobleme werden im Vergleich mit den übrigen Problemen besonders häufig in hochentwickelten und wirtschaftlich stark expandierenden Kantonen durch Aktivierungsereignisse artikuliert* – am stärksten aber in Kantonen mittleren und tiefen Entwicklungsgrades, die stark expandieren (AG, NW und VS). Ein weiterer Faktor, der auch bei Kontrolle des Entwicklungsgrades wirksam bleibt, ist die sprachkulturelle Zugehörigkeit des Kantons: *in den Kantonen der Deutschschweiz werden Folgeprobleme relativ gesehen häufiger artikuliert als in der französischen Schweiz* (wo Klassenprobleme häufiger mobilisieren):

Tabelle 6: Anteile der Ereignisse zu Folgeproblemen nach Entwicklungsgrad und Sprachkultur des Kantons

Entwicklungsgrad		deutsche Schweiz	französische Schweiz
hoch	(ZH, ZG, BS, BL; GE)	34 %	23 %
mittel	(AG, NW, BE, GR, LU, SH, SO, AR, GL, SG, TG; VD, NE) <sup>8</sup>	33 %	21 %
tief	(SZ, UR, AI, OW; FR, VS)	24 %	21 %

Es sind vor allem die verschiedenartigen Verkehrsprobleme, Probleme der übrigen Infrastruktur und insbesondere jene der AKW, die in der Deutschschweiz stärker mobilisiert haben als in der französischen.

Für verschiedene Themen ist die besondere Häufung ihrer Artikulation in den hochentwickelten Kantonen – man kann sie Zentrums Kantone nennen, da in ihnen sowohl das ökonomische Wachstum als auch dessen Steuerung konzentriert ist – auf die ebenfalls in diesen Kantonen lokalisierten *Grossstädte* zurückzuführen; viele Bürgeraktivierungen sind ein vorwiegend grossstädtisches Phänomen und finden sich deshalb vor allem in jenen Kantonen, in denen sich die Grossstädte befinden. Dies gilt jedoch nicht für die Artikulation der Folgeprobleme: *ihr Anteil an der Gesamtzahl der Ereignisse steigt*

<sup>7</sup> Als Indikator wurde das Bruttosozialprodukt pro Kopf und seine Veränderung verwendet; wie verschiedentlich nachgewiesen wurde, hängt es im Kantonsvergleich so eng mit vielen anderen Indikatoren sozioökonomischer Entwicklung und struktureller Komplexität zusammen, dass es zum Zweck dieser Typologie stellvertretend für dieses Cluster eingesetzt werden kann (Vgl. z. B. Nef 1978).

<sup>8</sup> Ohne Tessin.



mit abnehmender Ortsgrösse (bei zugleich abnehmender absoluter Ereignishäufigkeit).<sup>9</sup> Ohne dass hier eine stringente Beweisführung möglich wäre, sei doch die naheliegende Interpretation formuliert, dass sich in diesem Befund eine *Tendenz zur Auslagerung der Folgeprobleme des Wachstums aus den Wachstumszentren in die Peripherie* abbildet, zumindest in relativem Sinn: in den Zentren dominieren die Wachstumsvorteile, in der Peripherie die Wachstumsnachteile (so werden beispielsweise AKWs ausserhalb der Zentren gebaut).

#### 4. Die Träger von Umweltschutzforderungen

Ein erster Hinweis darauf, dass gerade im Bereich des Umweltschutzes und der übrigen Folgeprobleme die Interessenartikulation durch direkt Betroffene im Vordergrund steht – und dies im Unterschied zu anderen Interessen- oder Problembereichen –, ist bereits angesprochen worden. Dies zeichnet sich wesentlich deutlicher ab, wenn man die detaillierte Charakterisierung der Personenkategorien untersucht, welche die Ereignisse getragen haben. Die Aktiven wurden nach den gesellschaftlichen Bereichen, aus denen sie sich rekrutieren, nach ihren Positionen innerhalb dieser Bereiche sowie nach weiteren sozialen Merkmalen beschrieben, soweit die nötigen Informationen in den Quellen enthalten waren. *Unter den Aktiven im Bereich Umwelt im weiteren Sinn* (aktiviert in den Bereichen Umwelt und öffentlicher Raum, Verkehr, sonstige Infrastruktur) *machen diejenigen, die man nicht anders denn als direkt Betroffene* (durch Immissionen, Gesetze, andere Massnahmen und Eingriffe) *bezeichnen kann, volle 90 Prozent der Aktiven aus*, die übrigen 10 Prozent setzen sich aus einem breiten Fächer von „übrigen Interessierten“, Vertretern von Umweltschutzorganisationen, Automobilisten usw. zusammen. Dieselbe Feststellung gilt für den Aktivierungsbereich *Wohnen*: *die Aktiven von 69 Prozent der hiezu gehörenden Ereignisse sind als Quartierbewohner politisiert worden, weitere 25 Prozent als Mieter, zusammen also nicht weniger als 94 Prozent.*

Dieser Befund wird ergänzt durch das *Verhältnis der Vertretung eigener und der Vertretung „fremder“ Interessen*.<sup>10</sup> Dieses Verhältnis ist für die drei

9 Wie für die Folgeprobleme besteht auch für Probleme mit dem Staatsapparat eine negative Korrelation mit der Ortsgrösse. Diese beiden Problembereiche dürften zusammengekommen für die negative Korrelation zwischen Entwicklungsgrad und Ortsgrösse hinsichtlich lokalen Ereignissen verantwortlich sein, die inbezug auf die Gesamtheit der Ereignisse schwierig zu interpretieren wäre.

10 Diese Verhältniszahlen wurden aufgrund der Prozentzahlen bezüglich des Verhältnisses zwischen Nutzniessern und Aktiven der Ereignisse bestimmt. Bei 55 Prozent der Ereignisse sind die Aktiven selbst die Nutzniesser, bei 19 Prozent gehören sie der sozialen Kategorie der Nutzniesser an, bilden aber eine spezifische, avantgardeartige Gruppe, in 23 Prozent setzen sich die Aktiven stellvertretend für eine andere soziale

„Umweltbereiche“ öffentlicher Raum und Umwelt (26,0), sonstige Infrastruktur (33,5) und Verkehr, Transport (70,4) besonders hoch. Im Bereich Wohnen ist die Verhältniszahl mit 19,8 tiefer, liegt aber noch immer deutlich höher als die entsprechenden Zahlen der übrigen Rekrutierungsbereiche von Aktivierungsereignissen (z. B. Arbeit/Wirtschaft 9,6, Bildung 1,4; der einzige Bereich, „dessen“ Aktive häufiger die Interessen anderer Gruppen artikulieren als ihre eigenen, ist Religion mit einer Verhältniszahl von 0,8).

Auch die Analyse direkterer Informationen hat darauf hingewiesen, dass bei der Rekrutierung zu Basisaktivitäten mindestens zwei fast gegensätzliche Organisationsmodelle zu unterscheiden sind: *entweder erfolgt die Rekrutierung durch starke, bereits etablierte Organisationen*, die dann auch meist als Träger des Aktivierungsereignisses auftreten, *oder sie erfolgt durch schwach strukturierte Organisationen, die meist ad hoc gegründet werden* und deren Aktivitätsbereiche jene mit besonders hoher „Eigenvertretungsrate“ sind – im Zusammenhang dieses Aufsatzes vor allem in den Bereichen öffentlicher Raum/Umwelt und Verkehr/Transport. Auf diesen Aspekt wird im nächsten Abschnitt zurückzukommen zu sein.

Auch bei der Analyse der Gruppenspezifität der artikulierten Interessen hat sich die besondere Bedeutung der direkten Betroffenheit in den Umweltbereichen herausgestellt:<sup>11</sup> unterscheidet man 17 verschiedene Rekrutierungsbereiche für Aktivierungsereignisse, so *gehören die vier Umwelt- bzw. Folgeproblembereiche zu jenen 8, die eine besonders starke, auf die soziale Kategorie der Aktiven zugeschnittene Spezifität der durch diese artikulierten Interessen aufweisen*. Diese Spezifität ist bereits in der Zeit von 1968 sehr hoch, nimmt aber 1968 bis 1978 noch weiter zu. Dies entspricht einem Befund von Nef (1979), wonach die Selektivität der Teilnahme an eidgenössischen Abstimmungen seit 1950 steigt.

Diese verschiedenen Hinweise bestätigen also recht gut die Vermutung, direkte Problembetroffenheit sei im Bereich der Folgeprobleme bzw. des Umweltschutzes eine besonders wichtige Aktivierungsbedingung. Kann genaueres über die *soziale Verortung* der so Betroffenen gesagt werden? Zunächst rein deskriptiv: *die Träger von Ereignissen, die Folgeproblemen des Wachstums gelten, gehören in zunehmendem Ausmass sozialen Kategorien an, die nicht zu den gewissermassen traditionell politisch Aktiven zählen*. Wendet man dasselbe Kriterium wie bei der Alt-Neu-Einstufung der Themen nun auf die verschiedenen Aktivenkategorien an, so verändern sich die An-

Gruppe ein; für 4 Prozent der Ereignisse ist keine klare Angabe zu machen. Die Verhältniszahl der Eigenvertretung resultiert aus der Division der Summe der beiden ersten Angaben durch die dritte Angabe.

- 11 Als Gradmesser für die kategoriale oder Gruppen-Interessenspezifität wurde der Prozentsatz der direkt auf die eigene strukturelle oder problemdefinierte Lage bezogenen Artikulation an der Gesamtheit der dem entsprechenden Aktivierungsbereich entstammenden Ereignisse benützt.

teile der neu auf der politischen Bühne auftretenden Gruppen im Bereich der Folgeprobleme wie folgt:

Tabelle 7: Anteil der Ereignisse, die von neuen Aktivenkategorien getragen werden, an allen Ereignissen zu Folgeproblemen, nach Perioden

Periode	Anteil der Ereignisse mit neuen Aktivenkategorien an allen Ereignissen zu Folgeproblemen	
1945–1949	6 %	(n = 51)
1950–1959	5 %	(n = 186)
1960–1969	11 %	(n = 206)
1970–1974	23 %	(n = 387)
1975–1978	27 %	(n = 260)

Auch wenn der Anteil neu politisierter Gruppen zunimmt, bleibt die personelle Trägerschaft von Ereignissen zu Umwelt- bzw. Folgeproblemen somit vorwiegend „alt“, gehört also zu sozialen Kategorien, die in der betrachteten Zeitspanne schon früher aktiv geworden sind. *Ihre soziale Lage lässt sich aber – das sind die Resultate weiterer Analysen der Angaben über ihre soziale Verortung – a) nicht primär durch ihre hierarchische Position in einem institutionellen Bereich der Gesellschaft kennzeichnen, sie entstammen b) mehrheitlich nicht den beiden klassischen Rekrutierungsbereichen Wirtschaft und Politik, aber ihre soziale Verortung hat c) hauptsächlich erwerbbarer Charakter, d. h. zu ihren Rekrutierungsbedingungen gehört nicht Marginalität bzw. Diskrimination aufgrund zugeschriebener Merkmale.* Aus diesen relativ abstrakten Umschreibungen entsteht das *Bild einer eher den zentralen Teilen der Bevölkerung angehörenden, aber nicht traditionell politisch organisierten Trägerschaft, deren Lage in der Sozialstruktur vielfältig ist.* Interpretierend kann man hinzufügen, dass daraus auch folgt, dass die so Mobilisierten ausser der direkten Problembetroffenheit wahrscheinlich weniger Interessen gemeinsam haben, als dies bei klassischeren sich politisch artikulierenden Gruppierungen der Fall ist.

Diese politische, aus der uneinheitlichen sozialen Lage abgeleitete Heterogenität ist aber nicht ohne weiteres auch als „politische Schwäche“ auszu-legen, obwohl sie nach herkömmlichen Auffassungen und Befunden (zusammenfassend etwa Tilly 1978) als Hindernis für die Wirksamkeit anzusehen ist. Wie sich im nächsten Abschnitt zeigen wird, ist der Politisierungsprozess dieser Problematik und ihrer Träger noch keineswegs abgeschlossen.

## 5. Artikulationsformen im Bereich der Folgeprobleme

Aufgrund eher indirekter Informationen hat sich bereits angedeutet, dass die Organisationsformen im Bereich der Folgeprobleme eher schwach sind. Jedenfalls wiegt als Mobilisationsmodell jenes der Basismobilisierung oder der Avantgardeaktivität vor, etablierte Organisationen fehlen weitgehend. Betrachtet man nun zusätzlich die direkten Angaben über die organisationalen Träger der Aktivierungsereignisse, so bestätigen und ergänzen sie dieses Bild. Zunächst ist im *Bereich der Folgeprobleme die Zahl der Ereignisse, die nicht von bestehenden Organisationen getragen oder zumindest initiiert worden sind, gegenüber anderen Problembereichen leicht erhöht* (35 bis 45 Prozent gegenüber 28 Prozent in der Gesamtheit aller Ereignisse). Unterscheidet man jene Ereignisse, an deren Zustandekommen Organisationen massgeblich beteiligt waren, nach den Typen dieser Organisationen, so zeigt sich, dass die *Folgeprobleme deutlich häufiger von schwachen Organisationen getragen werden:*

Tabelle 8: Typen organisationaler Träger von Ereignissen zu Folge- und anderen Problemen

	Folge- probleme		andere Probleme	
linke Aussenseiterparteien	12,4	24,2	11,5	27,2 Parteien
Sozialdemokratische Partei	4,2		6,7	
etablierte bürgerliche Parteien	3,0		3,9	
bürgerliche Aussenseiterparteien	4,6		5,1	
Gewerkschaften	1,2	23,9	15,7	33,5 etablierte Org.
Wirtschaftsorganisationen	3,1		2,4	
andere etablierte Organisationen	19,6		15,4	
neue Gruppen	19,7	51,9	25,1	39,4 schwache Org.
ad-hoc-Gruppen	32,2		14,3	
Total (absolut)	100,0 % (665)		100,1 % (2546)	

Während an der Artikulation anderer Probleme etablierte Parteien und Organisationen sehr stark beteiligt sind (unter anderem an der Artikulation von Klassenproblemen, wo erwartungsgemäss SP und Gewerkschaften eine dominierende Rolle spielen), werden *Artikulationen der Folgeprobleme hauptsächlich von ad-hoc-Gruppen* (zum Zweck des Ereignisses gebildete Formationen) *und neuen, d. h. noch nicht etablierten Gruppierungen getragen*. Auch auf dieser Ebene erscheinen die Folgeprobleme als Aussenseiter der institutionalisierten politischen Prozesse, was mit ihrer zahlenmässigen Bedeutung und deren zunehmender Tendenz kontrastiert.

Zum Bild der Aussenseiterposition des Themas in der politischen Topographie gehört durchaus folgerichtig eine *zunehmende Radikalisierung, und zwar auf der Ebene der Problemanalyse wie auf der Ebene der gewählten Artikulationsformen*. Als Hinweis auf die Radikalität der Problemanalyse kann etwa das Ausmass der Infragestellung des Antagonisten gelten, gegen den sich ein Aktivierungsereignis richtet. Als Indikator der *analytischen oder ideologischen Radikalität* soll der Anteil jener Ereignisse dienen, die eine Infragestellung auf der Ebene der sozialen Organisation oder des Gesamtsystems (anstelle eines spezifischen Verhaltens oder der Person, die als Entscheidungsträger oder -vollstrecker fungiert) zum Ausdruck bringen. Auf die Anliegen des Umweltschutzes eingeschränkt ergibt sich die folgende Entwicklung:

Tabelle 9: Anteil der Ereignisse im Umweltschutzbereich mit struktureller statt personeller Infragestellung

Periode	Anteil der Ereignisse mit struktureller statt personeller Infragestellung <sup>12</sup>	
1945–1949	(25 %)	(n = 4)
1950–1959	11 %	(n = 47)
1960–1969	3 %	(n = 66)
1970–1974	20 %	(n = 150)
1975–1978	37 %	(n = 129)

Nach einem Rückgang des Strukturhorizonts, in welchen von den Aktiven Anliegen des Umweltschutzes gestellt wurden, ist sowohl bei der durchschnittlichen Ereigniszahl pro Jahr als auch bei der Radikalität der Infragestellung seit dem Tiefpunkt der sechziger Jahre eine markante Zunahme festzustellen. Dies ist umso bemerkenswerter, als sich herausgestellt hat, dass der lokale Bezug bei dieser Problemkategorie wesentlich wichtiger ist als der regionale oder nationale; die kognitive bzw. ideologische Radikalisierung setzt sich also in diesem Bereich gegenüber dem allgemeinen Muster durch, gemäss dem ein enger Zusammenhang zwischen der Weite der angesprochenen Systemebene und dem Anteil struktureller Infragestellung besteht.

12 59 Prozent aller Ereignisse stellten ein konkretes Verhalten des Antagonisten in Frage, 6 Prozent seine Person (d. h. beispielsweise seine Qualifikation oder Berechtigung zur Ausübung einer bestimmten Funktion), 20 Prozent die Organisation, in deren Rahmen beispielsweise eine angegriffene Massnahme getroffen wurde, und schliesslich 14 Prozent das Gesamtsystem der Gesellschaft. Die beiden letzten Angaben werden hier kombiniert und als strukturelle Probleminterpretation bezeichnet.



Die *Radikalität der Problemartikulation auf der Ebene der gewählten Ausdrucksformen* kann etwa am Anteil unkonventioneller Formen wie Protest, direkte Aktionen oder Gewalt gegen Sachen oder Personen abgelesen werden. Hier ist zunächst festzuhalten, dass im Vergleich mit der Artikulation anderer Probleme der Anteil unkonventioneller Formen bei Folgeproblemen mit 17 Prozent erstaunlich tief liegt (zum Vergleich: internationale Probleme 62 Prozent, Probleme der Landwirtschaft 70 Prozent, Juraproblem 65 Prozent, Klassenprobleme 26 Prozent).

Die Tendenz ist aber klar zunehmend – wie übrigens auch bei den meisten anderen Problemkategorien:

Tabelle 10: Anteil der Ereignisse mit unkonventionellen Artikulationsformen an allen Ereignissen zu Folgeproblemen, nach Perioden

Periode	Anteil unkonventioneller Artikulationsformen, Ereignisse zu Folgeproblemen	
1945–1949	3 %	(n = 66)
1950–1959	9 %	(n = 234)
1960–1969	11 %	(n = 259)
1970–1974	20 %	(n = 492)
1975–1978	29 %	(n = 357)

Ergänzend sei erwähnt, dass diese Zunahme in erster Linie auf vermehrten *Protestaktionen* beruht und sich vor allem in den *Grossstädten* abzeichnet.

Beschränkt man die Betrachtung nicht auf die Artikulation von Folgeproblemen, so erscheinen unkonventionelle Aktionsformen als sozusagen situationsnotwendiger Bestandteil des Handlungsrepertoires von ad-hoc- und neuen Gruppen, die ja unter den Organisationen die wichtigsten Träger in unserem Problembereich sind. Als *challenging groups* (Gamson 1975) haben sie keinen direkten Zugang zu Entscheidungszentren und, jedenfalls in den Anfangsphasen der Politisierung eines Problembereiches, weder eine genügende organisationelle Infrastruktur noch eine breite/personelle oder materielle Basis, die konventionellere Mittel der Interessenartikulation wirksam machen könnten. Aufgrund dieser Überlegung wird die Feststellung der von einem sehr tiefen Niveau ausgehenden, zunehmenden Radikalisierung interessanter: sie scheint nicht bloss deshalb zu erfolgen, weil in diesem Problembereich vorwiegend Formationen aktiv sind, zu deren Instrumentarium unkonventionelle Artikulationsformen ohnehin gehören, sondern sie hat sich erst allmählich, sozusagen im Verlauf des Schicksals des von ihnen artikulierten Problems im Raum der schweizerischen Politik entwickelt. Dies wird



auch durch die *zeitliche Veränderung der Handlungsrepertoires der ad-hoc- und der neuen Gruppen* unterstrichen<sup>13</sup>:

Tabelle 11: Entwicklung der Handlungsrepertoires von ad-hoc- und neuen Gruppen: Anteile der Ereignisse mit unkonventionellen und institutionellen Formen an allen von ad-hoc- und neuen Gruppen getragenen Ereignissen, nach Perioden

Periode	Ad-hoc-Gruppen			Neue Gruppen		
	Anteil unkonventioneller Formen	Anteil institutioneller F.	N (= 100 %)	Anteil unkonventioneller Formen	Anteil institutioneller F.	N (= 100 %)
1945–1949	–	–	9	33 %	20 %	30
1950–1959	23 %	49 %	80	35 %	26 %	69
1960–1969	41 %	31 %	108	47 %	16 %	196
1970–1974	41 %	41 %	202	47 %	29 %	260
1975–1978	44 %	42 %	170	58 %	28 %	201

Die Entwicklung bei den ad-hoc-Gruppen scheint besonders charakteristisch; bei den neuen Gruppen ist ein analoger, wenn auch weniger ausgeprägter Verlauf festzustellen: In einer ersten Phase (fünfziger Jahre) wurde, besonders durch ad-hoc-Gruppen, ein relativ grosses Gewicht auf institutionelle Formen gelegt, vor allem auf Petitionen; in den sechziger Jahren verlagerte sich die Tätigkeit schwerpunktmässig in Richtung unkonventionelle Formen, und zwar zunächst zu Protest, dann auch zu direkten Aktionen; gleichzeitig gingen die eher symbolisch ausgerichteten Aktionen zurück, während die organisationelle Fundierung (Gründung neuer Gruppen) eher wichtiger wurde. Seit 1970 bis 1974 nehmen schliesslich institutionelle und unkonventionelle Formen parallel zu. Die Kategorien der ad-hoc- und neuen Gruppen dürfen nicht dergestalt reifiziert werden, dass man sie gleichsam als homogene, im Zeitablauf identische Formation betrachtet. Das Vorwiegen dieser Arten von Gruppen bei der Artikulation von Folge- und insbesondere Umweltproblem erlaubt aber eine Interpretation, die von der Idee einer *mittelfristigen Akkumulation politischer Erfahrungen* ausgeht. Lässt man sich auf diese Sicht ein, so liegt die Vermutung auf der Hand, die beschriebenen Verläufe – die sich deutlich von denen anderer an Aktivierungsereignissen beteiligter Organisationstypen unterscheiden – seien das Resultat enttäuschter Versuche in den fünfziger Jahren, bei schwacher Organisationsbasis mit systemkonformen Mitteln Interessen ins politische Spiel einzubringen, deren Regulierung nicht

13 Prozentuierung waagrecht; 1945 bis 1949 wurden somit von den 26 Ereignissen, die von neuen Gruppen getragen wurden, 31 Prozent in unkonventionellen Formen durchgeführt, 20 Prozent in institutionellen Formen (Petition, Initiative, Referendum), 49 Prozent in anderen Formen (darunter wiegen Gruppengründungen und Formen der symbolischen Kommunikation vor: Briefe, Pressekonferenzen).

bereits institutionalisiert ist und die von den etablierten Teilen des Interessenvermittlungssystems ungenügend oder gar nicht berücksichtigt bzw. direkt bekämpft werden. Diese Enttäuschung entspräche der Aktivitätsverlagerung 1960 bis 1969 von institutionellen und rein informationsorientierten zu unkonventionellen Artikulationsformen und zur stärkeren Organisation in politischen bzw. artikulationsorientierten Gruppierungen, welche anschliessend (siebziger Jahre) zweigleisig vorgehen, indem sie sowohl die institutionellen Instrumente als auch jene der unkonventionellen, oft spektakulären Aktionen einsetzen. Interessant ist auch, dass dabei unter den institutionellen Formen die verbindlicheren des Referendums und der Initiative den Petitionen zunehmend vorgezogen werden. Unter den verschiedenen Formen unkonventioneller Aktivität behält Protest den stärksten Anteil, die direkten Aktionen entwickeln sich unregelmässig, während gewaltsame Formen ebenfalls zunehmen. *Die bereits festgestellte und in dieser verfeinerten Analyse bestätigte Radikalisierung gerade bei der Artikulation der Folgeprobleme erscheint somit als Resultat der zumindest ungenügenden Aufnahme dieser Anliegen durch die etablierten Träger des politischen Systems*, wobei die politischen Aussenseitergruppen, die sich ihrer annahmen, sowohl die vom System angebotenen als auch ausserhalb liegende Mittel einsetzen.

#### 6. Basisaktivierung und Elitetätigkeit im Bereich der Folgeprobleme

Die Überlegungen zu den möglichen Gründen der zunehmenden Radikalisierung der politischen Ausdrucksformen im Bereich der Umwelt- und sonstigen Folgeprobleme haben die Frage nach der Aufnahme dieser Anliegen durch das politische System oder genauer durch dessen institutionell kompetente Organismen aufgeworfen. Zumindest partielle Aussagen zu dieser Frage sind aufgrund eines Vergleichs der Häufigkeit möglich, mit der diese Probleme auf der Ebene parlamentarischer Vorstösse und auf jener der Aktivierungsereignisse aufgegriffen werden.

Hier scheint es zunächst keine Unterschiede zu geben: in der Gesamtheit der 5407 parlamentarischen Vorstösse, die in unserem Untersuchungsintervall unternommen wurden, entfallen 22 Prozent auf Folgeprobleme, gegenüber 24 Prozent bei den Aktivierungsereignissen. Nun hat sich aber gezeigt, dass unter den Folgeproblemen – vergleicht man sie mit den anderen Problemkategorien – die lokale Ebene am häufigsten, die nationale Ebene am seltensten angesprochen wird (mit der spezifischen Ausnahme der Ereignisse zum Juraproblem, deren Schwerpunkt ausschliesslich regional bzw. kantonal ist). Vergleicht man deshalb den Anteil der Folgeprobleme unter den parlamentarischen Vorstössen mit jenem Teil der Aktivierungsereignisse, die ein Folgeproblem auf *Bundesebene* artikulieren (1120 Fälle), so ergibt sich ein deutliches Gefälle: den bereits bekannten 22 Prozent der Vorstösse stehen hier lediglich 13 Prozent der Ereignisse gegenüber, ein erster Hinweis auf ein Auseinanderklaffen der Anliegen, die auf diesen beiden Ebenen des Politisie-

rens vorgetragen werden. Auch wenn über die parlamentarischen Vorstösse mit beschränktem Aufwand nur sehr wenig vergleichbare Informationen verfügbar sind, sodass eine exakte Analyse dieses Auseinanderklaffens hier nicht möglich ist, gibt es doch verschiedene Hinweise, die diese Interpretation konkreter bestätigen. So betreffen zum Beispiel je zwei Prozent der Vorstösse der Parlamentarier und der Bürgeraktivierungen den *Bau von National- und Expressstrassen*. Während die Parlamentarier sich aber vornehmlich um die Bereitstellung der Infrastruktur und die damit verbundenen Probleme kümmerten, wehrten sich die Bürger im Rahmen der diesbezüglichen Ereignisse vor allem gegen die mit dieser Infrastruktur verknüpften Folgelasten (Immissionen und weitere Verschlechterungen der Umweltqualität). Ein weiteres Indiz ist die Tatsache, dass der Teilbereich Verkehr bei den parlamentarischen Vorstössen ein doppelt so grosses Gewicht hat als der Teilbereich *Umwelt* (11 Prozent gegenüber 5 Prozent), während diese beiden Bereiche bei den Aktivierungen mit je 9 Prozent gleichgewichtig waren. Bemerkenswert ist weiter, dass das *AKW-Problem*, welches als einziges Folgeproblem für die Bürger primär die Bundesebene betrifft, bei den gesamtschweizerischen Aktivierungen mit einem Anteil von 5 Prozent ein wesentlich grösseres Gewicht hat als bei den Vorstössen der eidgenössischen Parlamentarier mit 1 Prozent. Selbst bei Einbezug der lokalen und regionalen Aktivierungen liegt der Ereignisanteil mit 2 Prozent noch über jenem der Vorstösse. Auch im *Vergleich der Verlaufskurven* auf den beiden Artikulationsebenen sind interessante Unterschiede festzustellen: unter den Parlamentariern werden Folgeprobleme deutlich früher angesprochen als auf der Ebene der Basisaktivierung, besonders die Themen Verkehr und AKW. Der Verkehr hat die politische Elite laufend stärker beschäftigt als die Umwelt, während auch im Zeitablauf beide Themen an der Basis etwa gleich stark aktivierten; lediglich im Jahr 1972 erhielten Umweltfragen in der politischen Elite eine einmalig hohe Beachtung. Es war das Jahr der Verabschiedung des dringlichen Bundesbeschlusses zur Raumplanung, mit welchem die krassen Auswüchse der Umweltzerstörung verhindert werden sollten. Mit der Krise verloren Umweltfragen in der Elite wie bei den Bürgern an Gewicht. Während sie bei den Bürgern aber ab 1976 erneut stark an mobilisierender Wirkung gewonnen haben und am Ende der betrachteten Periode wieder ein sehr hohes Häufigkeitsniveau erreichten, verschwanden sie nach einem weiteren Höhepunkt 1976, als die Abstimmung über das erste Raumplanungsgesetz stattfand, aus den Traktandenlisten des Parlaments.

In diesem Bereich fielen die Aufmerksamkeitszyklen von Elite und Bürgern besonders am Ende der Untersuchungsperiode stark auseinander, während sie sich vorher eine Zeit lang parallel entwickelt haben (vgl. zur Relevanz der Umweltproblematik in der Bevölkerung auch das Material, das Giger 1980 zusammengestellt hat). Ähnliches trifft auch auf das AKW-Problem zu, bei welchem 1975 mit dreizehn Vorstössen eine einmalige Aufmerksamkeitsspitze im Parlament erreicht wurde; vorher und nachher waren zu diesem Thema nie mehr als vier Vorstösse pro Jahr zu verzeichnen. Im

Gegensatz zur Abnahme der Vorstösse zu den Themen der Umwelt und der Atomenergie blieb das Interesse der Parlamentarier an Verkehrsfragen über die Krise hinaus auf hohem Niveau stabil.

Auch wenn die direkten Hinweise aufgrund der hier möglichen Analyse punktuell und verstreut sind, lässt sich doch als *Tendenz erkennen, dass die Folgeprobleme von den eidgenössischen Parlamentariern quantitativ wie qualitativ anders behandelt wurden als von den politisch aktiven Bürgern: deren Anliegen wurden nur beschränkt und verspätet aufgenommen*. Das Repräsentationsdefizit der grossen Parteien, das Giger (1980) nachweist, dürfte wesentlich damit zusammenhängen. Die politische Elite, so lässt sich vermuten, ist vorwiegend mit der Bereitstellung von Infrastruktur beschäftigt, während die Aktivierung der Bürger aus den Auswirkungen dieser Massnahmen auf ihre unmittelbare Lebensumwelt resultiert.

### 7. Zum bisherigen Erfolg der Basisaktivierung

Die bis jetzt zusammengestellten Beobachtungen erlauben einige allgemeine Aussagen über die Selektivität des politischen Systems und ihre Folgen: es nimmt Umweltschutzanliegen nur widerstrebend auf und verweist deren Träger sozusagen auf einen politischen Produktionsumweg, der über die Verstärkung ihrer organisationellen Basis, die Information der Öffentlichkeit durch unkonventionelle, oft spektakuläre Aktionen und die gleichzeitige – wenn auch bisher wenig erfolgreiche – Benützung der institutionellen Kanäle der Interessenartikulation führt. Dieses Bild lässt noch wenig allgemeinen Erfolg der Aktivierungen in diesem Bereich erwarten. Doch vorerst: wie kann Erfolg überhaupt gemessen werden? Oft tritt für den politischen Beobachter der Erfolg einer Intervention nicht direkt, sondern indirekt und mit Verzögerung ein, etwa wenn „dank“ einer Volksinitiative ein weniger weit gehender Gegenvorschlag angenommen wird, der ohne die Initiative nie ausgearbeitet worden wäre. Noch häufiger kann aber ohne sehr detaillierte Fallanalyse über den Einfluss konkreter Aktivierungen auf ein irgendwann fassbares politisches Resultat überhaupt nichts Sicheres ausgesagt werden, selbst wenn dieses Resultat auf der Linie der interessierenden Intervention liegt. In der hier berichteten Untersuchung wurde, in Kenntnis dieser Schwierigkeiten, trotzdem versucht, eine Einstufung des Erfolgs vorzunehmen, ausgehend vom Grundsatz, als Erfolgskriterium die erkennbare Zielsetzung des Aktivierungsereignisses bzw. seiner Träger zu verwenden. Es handelt sich aber klar um eine subjektive Einstufung durch die Mitglieder des Forschungsteams; der methodischen Bedenken wurde vor allem dadurch Rechnung getragen, dass bei Unklarheiten auf eine Einstufung verzichtet wurde. Insgesamt wurde bei 39 Prozent der Ereignisse eine Einstufung vorgenommen. Zusätzliche Informationen liegen vor über die Reaktionen der *Behörden*, wobei die Verteilung der positiven und negativen Reaktionen auf die Artikulation von Folgeproblemen nicht wesentlich anders ist als bei den anderen Problemen (alle



Ereignisse: positive Reaktion 22 Prozent, neutrale Reaktion 5 Prozent, vermittelnde Reaktion 22 Prozent, negative Reaktion 38 Prozent, andere, meist negativ gefärbt 13 Prozent). *Justiz und Polizei* reagieren auf Artikulationen „grüner“ Anliegen eher selten, die wichtigsten Einsatzbereiche sind hier anti-status-quo-Manifestationen und die Autonomietendenzen im Jura. Stuft man denn *Erfolg der Aktionen* pauschal ein, so liegt der Anteil von Ereignissen mit – gemessen an den Zielen der Aktiven – vollständigem oder partiellem Erfolg im Bereich der Folgeprobleme mit 56 Prozent nahe beim Gesamtwert aller Ereignisse (54 Prozent); dies gilt auch für die beiden wichtigsten Organisationstypen, die in diesem Problembereich Ereignisse tragen:

Tabelle 12: Anteil teilweise oder vollständig erfolgreicher Ereignisse, nach Typ der Trägerorganisation

Organisationstyp	Anteil teilweise oder vollständig erfolgreicher Ereignisse	
linke Aussenseiterparteien	33 %	(n = 172)
bürgerliche Aussenseiterparteien	50 %	(n = 91)
ad-hoc-Gruppen	54 %	(n = 245)
neue Gruppen	57 %	(n = 266)
Sozialdemokratische Partei	58 %	(n = 76)
etablierte Organisationen	63 %	(n = 284)
bürgerliche Bundesratsparteien	72 %	(n = 47)
Gewerkschaften	81 %	(n = 232)

In der Gesamtheit der von Organisationen getragenen Ereignisse liegt die Erfolgsquote bei 59 Prozent. Der Vergleich mit den Extremwerten zeigt aber, dass die wichtigsten Organisationsformen, welche Umweltanliegen bis jetzt gefunden haben, im politischen Kräftespiel zu den weniger wirkungsvollen gehören. Diese Feststellung weist auch auf ein Grunddilemma bei der Artikulation von Folgeproblemen des Wachstums hin, auf das am Schluss dieses Aufsatzes kurz eingegangen wird.

### 8. Strukturwandel und Artikulation von Folgeproblemen des Wachstums

Bei der Organisation dieser Arbeit wurde von sechs Hypothesen ausgegangen, die nochmals kurz in Erinnerung gerufen seien. Als wichtigster Aspekt des gesellschaftlichen Strukturwandels wurde die verstärkte Ausdifferenzierung von Lebensbereichen und Hierarchien sowie die Verstärkung der Machtkonzentration auf umfassenderen Systemebenen herausgestellt und daraus eine Relevanzverschiebung weg von den Klassenproblemen hin zu verschiedenartigen und teilweise nicht mehr direkt aus der Stellung in einer sozialen

Hierarchie oder allgemeiner aus der Klassenlage resultierenden Folgeproblemen postuliert – weil der Problemdruck, der unmittelbar mit der Klassendimension verknüpft ist, teilweise zurückgeht, verschiedenartigere Interessen trifft, und nicht zuletzt auch, weil die Austragung der traditionellen Klassenkonflikte ins System der politischen Interessenberücksichtigung integriert ist. Neben der Ausweitung der Ungleichheitsproblematik auf weitere Bereiche der Gesellschaft, die hier nur angedeutet wurde, ist vor allem eine Zunahme der Artikulation der institutionell weit weniger berücksichtigten Folgeprobleme zu erwarten, und dies durch Träger, die bezüglich ihrer strukturellen Lage und ihrer allgemeinen politischen Ausrichtung wesentlich heterogener sind als etwa die Arbeiterschaft und sich wegen der mangelnden Berücksichtigung ihrer Anliegen durch das politische System in grösserem Ausmass unkonventioneller Formen bedienen. Diese Veränderungen der Problemartikulation konnten nachgewiesen werden. Auch die These, dass Umwelt- bzw. Folgeprobleme als solche nicht erst in jüngster Zeit artikuliert wurden, konnte bestätigt werden, während aufgrund des verfügbaren Materials die zusätzliche Annahme, dass demgegenüber eine ideologische Kristallisierung im Sinn eines Umweltbewusstseins sich erst allmählich entwickelt habe, nur indirekt bestärkt werden konnte, beispielsweise anhand der zunehmenden Radikalisierung der Problemsicht und der Artikulationsformen in diesem Bereich. Auch für die Vermutung, dass die mangelnde Bereitschaft des politischen Systems, derartige Anliegen aufzunehmen, für die Radikalisierung der Bürgeraktivitäten in diesem Bereich verantwortlich ist, konnten verschiedene, aber nur indirekte Belege gefunden werden, namentlich beim Vergleich zwischen Basisaktivierung und parlamentarischen Vorstössen. Die Zunahme der allgemeinen Basisaktivierung in einer Periode sinkender Wahl- und Abstimmungspartizipation vervollständigt das Bild.

Das Dilemma, vor dem die Gruppen stehen, die sich die Verbesserung Umwelt- und der Lebensqualität in unserer Gesellschaft zum Ziel setzen, ist an sich nicht neu, stellt sich für diese Gruppen aber angesichts ihrer Wertvorstellungen und ihrer Rekrutierungsbasis (bzw. deren Heterogenität) besonders radikal: Für Aussenseiter des etablierten politischen Systems hängt die mögliche Wirksamkeit ihrer Aktionen, das zeigen verschiedene empirische Studien, neben der Beschränkung ihrer Ziele (beschränkte Ziele werden eher erreicht als umfassende – dazu etwa Gamson 1975), ganz wesentlich von ihrer organisationellen Stärke ab, die ihrerseits auf dem Zusammenspiel von struktureller bzw. interessenmässiger Homogenität und Organisiertheit ihrer Basis und zusätzlich auf den materiellen Ressourcen beruht, über die sie verfügen (vgl. hierzu etwa Tillys CATNET-Konzept, 1978: 63). In der Schweiz sind die Träger der Umweltanliegen bisher auf Organisationsformen verwiesen, die eher schwach und vergleichsweise wenig erfolgreich sind. Ihr Dilemma besteht darin, dass sie nach bisherigen Erfahrungen ihre Erfolgsaussichten nur steigern können, wenn sie sich stärker organisieren. Ebenfalls nach bisherigen Erfahrungen besteht der Preis dafür jedoch in einer Tendenz zur Bürokratisierung, die den Zielen der Konvivialität, wie sie diese Gruppen



postulieren, direkt entgegengesetzt ist. Die Suche nach Möglichkeiten, die Herausforderung dieses Dilemmas produktiv anzunehmen, ist vielleicht der faszinierendste Aspekt, der sich aus der Analyse der Veränderungen in der Szenerie der politischen Basisaktivierung in der schweizerischen Nachkriegszeit ergibt. Er betrifft nicht nur die „Grünen“, sondern auch die Frauen, die Jugendlichen und viele andere Aktive. Dabei scheint es mir wichtig, dass auf „gross“ nicht nur mit „klein“ reagiert wird, denn so bedeutungsvoll die Realisierung gewisser Vorstellungen alternativen Lebens in der multinationalisierten Gegenwart ist, so wenig Aussichten bestehen, dadurch die Makrostrukturen zu verändern (vgl. für analoge Überlegungen etwa Holenweger 1979 und Huber 1980). Aus der Problematisierung einer Strategie der Gegenmacht den Verzicht abzuleiten, gegen die Macht anzugehen, wäre in soziologischer Sicht ein Fehler, weil statt eines Mittels das Ziel substituiert würde. Ob in der Illegitimierung der Macht eine Alternative liegt?

### *Literatur*

- Amiot M. (1980): L'intervention sociologique, la science et la prophétie. In: *Sociologie du travail* 22, 4: 415–424.
- Blancpain R. & Häuselmann E. (1974): *Zur Unrast der Jugend*. Huber, Frauenfeld.
- Garnson W. A. (1975): *The Strategy of Social Protest*. Dorsey Press, Homewood Ill.
- Giger A. (1980): Politisches Bewusstsein und Partizipation. In: *Schweiz. Z. Soziol.* 6, 3: 447–462.
- Gorz A. (1980): *Adieux au prolétariat*. Galilée, Paris.
- Gorz A. (1975): *Ecologie et politique*. Bosquet, Paris.
- Harris M. (1977): *Cannibals and Kings*. Random House, New York.
- Heintz P. (1979): Intergenerationeller Wertwandel. In: Klages H. & Kmiecik P.: *Wertwandel und gesellschaftlicher Wandel*. Campus, Frankfurt, 185–192.
- Heintz P. (1976): Das Ende der Jugendrevolte? In: *Schweiz. Monatshefte* 56, 6: 471–478.
- Heintz P. (1972): Jugendrevolte contra Bildungsrevolution. In: *Schweiz. Monatshefte* 52, 1: 22–31.
- Hischier G. & Kriesi H.-P. (1980): Der politische Stil in der Schweiz. In: Hischier G. et al.: *Weltgesellschaft und Sozialstruktur*. Rüegger, Diessenhofen, 367–384.
- Holenweger T. (1979): Aufbruch in eine neue Isolation? In: Holenweger T. & Mäder W.: *Inseln der Zukunft?* Limmat Verlag, Zürich, 181–193.
- Huber J. (1980): *Wer soll das alles ändern? Die Alternativen der Alternativbewegung*. Rotbuch Verlag, Berlin.
- Ingelhart R. (1977): *The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles among Western Publics*. Princeton University Press, Princeton.
- Nef R. (1980): Struktur, Kultur und Abstimmungsverhalten. In: *Schweiz. Z. Soziol.* 6, 2: 155–190. (gekürzte Fassung von Nef 1979)
- Nef R. (1979): *Bundesabstimmungen 1950–1977 – eine Untersuchung über politische, gesellschaftliche und kulturelle Verhaltensmuster*. Bull. Soziol. Inst. Zürich 37.

- Nef R. (1978): Struktur und Politik im System der Schweizer Kantone. In: Bulletin des Soziologischen Institutes der Universität Zürich, Nr. 33.
- Offe C. (1969): Politische Herrschaft und Klassenstrukturen. Zur Analyse spätkapitalistischer Gesellschaftssysteme. In: Kress A. & Senghaas D. (Hrsg.): Politikwissenschaft. EVA, Frankfurt.
- Tilly R. (1978): From Mobilization to Revolution. Addison-Wesley, Reading Mass.
- Touraine A. (1978): La voix et le regard. Seuil, Paris.
- Touraine A. et al. (1980): La prophétie antinucléaire. Seuil, Paris.

